



Voraussichtliche Dauer der Sanierung des Hedwig-Lehnert-Hofes

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15.04.2026, folgende

Anfrage

Wann ist mit dem Abschluss der Sanierungsarbeiten im Hedwig-Lehnert-Hof, Prager Straße 92-96, zu rechnen?

Begründung

Bewohner des Hedwig-Lehnert-Hofes berichten, dass die Arbeiten an der Wohnhausanlage teilweise nur sehr langsam voranschreiten, und zeitweise gar keine Arbeiten durchgeführt werden. Die derzeitige Situation ist für die dortigen Mieter sehr anstrengend und stressfördernd. Auch werden Fragen der Bewohner an Wiener Wohnen unzureichend oder gar nicht beantwortet.



Angstraum Franz-Jonas-Platz

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15.04.2026, folgende

Anfrage

der Franz-Jonas-Platz wird von Teilen der Bevölkerung zunehmend als Angstraum wahrgenommen. Folgende Fragen mögen beantwortet werden:

1. Zu wie vielen Einsätzen von Sicherheitskräften (insbesondere Polizei, ÖBB-Security bzw. sonstige Sicherheitsdienste) kam es in den vergangenen drei Jahren am Franz-Jonas-Platz?
2. Wie teilen sich diese Einsätze nach Art der Vorfälle auf (z. B. Verwaltungsübertretungen, strafrechtlich relevante Delikte)?
3. Welche Arten von Straftaten wurden in diesem Zeitraum am häufigsten registriert?
4. Ist im Vergleich der letzten 5 Jahre eine Zunahme oder Abnahme der Einsätze feststellbar?

Begründung

Der Franz-Jonas-Platz ist ein zentraler Verkehrsknotenpunkt im Bezirk mit hoher Frequenz an Pendlern und Anrainern. Wenn dieser Bereich subjektiv als unsicher wahrgenommen wird, ist eine transparente Darstellung der tatsächlichen Sicherheitslage wesentlich.

Die Beantwortung der Anfrage soll dazu beitragen, Wahrnehmung und objektive Daten gegenüberzustellen und gegebenenfalls sachlich fundierte Maßnahmen abzuleiten.



Chlorgeruch Trinkwasser

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15.04.2026, folgende

Anfrage

Aus der Bevölkerung wird wiederholt berichtet, dass das Leitungswasser in Teilen Floridsdorfs – insbesondere in den kälteren Monaten – vermehrt nach Chlor rieche. Dieser Geruch wird sowohl beim Duschen als auch beim Trinken als unangenehm wahrgenommen.

1. Wie erklärt sich die wahrgenommene stärkere Chlorgeruchsbelastung des Trinkwassers?
2. Unterscheidet sich die Herkunft des in Floridsdorf eingespeisten Wassers von jener in anderen Bezirken – und wenn ja, in welcher Form?
3. Wird dem Trinkwasser in Floridsdorf eine andere oder zusätzliche Aufbereitung (z. B. Chlorierung) zuteil als in anderen Teilen Wiens?
4. Bestehen objektive Unterschiede in der Wasserqualität zwischen Floridsdorf und anderen Bezirken oder handelt es sich ausschließlich um unterschiedliche Wahrnehmungen?

Begründung

Wien ist international für die hohe Qualität seines Trinkwassers bekannt. Wenn in einem Bezirk vermehrt der Eindruck entsteht, dass Geruch und Geschmack des Wassers deutlich von jenem in anderen Bezirken abweichen, führt dies verständlicherweise zu Verunsicherung.



Islamisches Zentrum Imam Ali

Die FREIHEITLICHEN Bezirksräte stellen gemäß § 23 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15.04.2026, folgende

Anfrage

- Wie viele Polizeieinsätze gab es seit 2020 an der Adresse Richard-Neutra-Gasse 8 bzw. im unmittelbaren Umfeld?
 - Wie viele dieser Einsätze standen im Zusammenhang mit strafrechtlichen Delikten
 - Verwaltungsübertretungen
 - Versammlungen oder Veranstaltungen mit Polizeischutz?
- Wie viele verletzte Personen wurden im Zuge dieser Einsätze registriert?
- Wie viele Anzeigen oder Verwaltungsverfahren wurden im Zusammenhang mit Vorfällen an dieser Adresse seit 2020 geführt?
- Wie viele Beschwerden von Anrainern oder Betrieben sind in diesem Zeitraum bei der Stadt Wien oder beim Bezirk eingelangt?
- Wie viele Kontrollen durch Baupolizei, Gewerbebehörde oder andere Magistratsabteilungen wurden seit 2020 an dieser Adresse durchgeführt und zu welchen Ergebnissen führten diese?
- Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob Organisationen mit Sitz an dieser Adresse öffentliche Förderungen durch den Bezirk erhalten haben.
- Haben der Verein „Zentrum der Islamischen Kultur IMAM ALI“ (ZVR-Zahl 464340204) oder andere Vereine bzw. Organisationen mit Sitz an der Adresse Richard-Neutra-Gasse 8 in den letzten fünf Jahren Förderungen durch die Stadt Wien erhalten?



Wenn ja:

- in welcher Höhe
- in welchem Jahr
- für welchen Zweck?

Gab es darüber hinaus indirekte Unterstützungen, etwa durch Projektförderungen, Veranstaltungsförderungen oder Sachleistungen?

Wenn ja:

- in welcher Höhe
- in welchem Jahr
- für welchen Zweck?

Begründung

Am 04. März 2026 kam es im Bereich der Liegenschaft Richard-Neutra-Gasse 8 zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen mehreren Dutzend Personen, bei der mehrere Menschen verletzt wurden und ein größerer Polizeieinsatz notwendig war. Der Vorfall hat in der Öffentlichkeit sowie unter Anrainern für erhebliche Verunsicherung gesorgt.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, einen Überblick über die Sicherheitslage, etwaige Beschwerden sowie behördliche Kontrollen im Zusammenhang mit dieser Liegenschaft zu erhalten. Ebenso besteht ein öffentliches Interesse daran zu klären, ob Organisationen mit Sitz an dieser Adresse in den vergangenen Jahren Förderungen der Stadt Wien oder des Bezirks Floridsdorf erhalten haben.

Zu der in der Sitzung der Bezirksvertretung vom 15. April 2026 eingebrachten Anfrage der FPÖ betreffend Islamischen Zentrum Imam Ali wurde mir folgende Information übermittelt:

Im Zeitraum vom 14. Jänner 2020 bis 21. März 2026 erfolgten an der Adresse Richard-Neutra-Gasse 8 und deren unmittelbaren Umgebung (50 Meter Umkreis) insgesamt 59 Polizeieinsätze. Einsatzgründe hierfür waren unter anderem Ruhestörung, Streitschlichtung, Gefahrenerforschung nach dem SPG, Personen- oder Verkehrsanhaltungen, Verkehrsbehinderungen sowie Delikte gegen fremdes Vermögen. Angemerkt wird, dass das polizeieigene Einsatzleit- und Kommunikationssystem ab 14. Jänner 2020 in Betrieb genommen wurde, und eine Auswertung vor diesem Datum technisch nicht möglich ist.

Über die weiteren Anfragepunkte werden von der Landespolizeidirektion Wien keine Statistiken geführt.

DIE GRÜNEN

Bezirksorganisation Floridsdorf

Tel: 0664 / 831 74 01

floridsdorf@gruene.at

<http://floridsdorf.gruene.at>



Abriss eines Hauses der Siedlerbewegung

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf am 15. April 2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

bezüglich Abriss eines Hauses aus der Siedlerbewegung in der Schwemmäckergasse

- Welche Begründung wurde im Antrag für den Abriss des Hauses Schwemmäckergasse 17 aus der Siedlerbewegung angeführt.
- Welche Stellungnahme wurde von Seiten des Magistrats im Zuge der Genehmigung des Abrisses des Hauses Schwemmäckergasse 17 aus der Siedlerbewegung abgegeben.

Begründung

Das Haus Schwemmäckergasse 17 war ein Haus der Siedlerbewegung und wurde ursprünglich noch in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg errichtet. Es bildete gemeinsam mit den Nachbarhäusern ein kultur- und sozialhistorisch seltenes und wertvolles Ensemble, das durch den Abriss unwiederbringlich zerstört wurde.

Anhang:



Haus Schwemmäckergasse 17 vor dem Abriss



Schwemmäckergasse 17 nach dem Abriss

DIE GRÜNEN

Bezirksorganisation Floridsdorf

Tel: 0664 / 831 74 01

floridsdorf@gruene.at

<http://floridsdorf.gruene.at>



Baumbestand in Floridsdorf

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf am 15. April 2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

betreffend dem Wachstum des Baumbestands im Bezirk Floridsdorf

- Wie viele Bäume gibt es derzeit in Floridsdorf im öffentlichen Raum?
Wie viele davon sind Straßenbäume?
- Wie viele Bäume im öffentlichen Raum wurden in den letzten beiden Jahren (2024, 2025) gefällt?
- Wieviele Bäume, die maximal ein Alter von 5 Jahren erreichten, sind auf Grund von Trockenheit eingegangen?
- Wie viele Ausgleichszahlungen wurden geleistet statt Ersatzpflanzungen vorzunehmen?
- Was wurde mit diesen zweckgebundenen Ausgleichszahlungen finanziert?
- Wie viele Bäume wurden in den letzten beiden Jahren (2024, 2025) im öffentlichen Raum gepflanzt?
Wie viele Straßenbäume wurden in den letzten beiden Jahren gepflanzt?
- Wie viele dieser Baumpflanzungen waren Neupflanzungen und wieviele davon waren Ersatzpflanzungen?

Begründung

Floridsdorf ist ein großer Bezirk, der einerseits aus vielen Grünflächen besteht und andererseits aus dicht bewohntem Gebiet, viel Gewerbegebieten, einhergehend mit großer Bodenversiegelung.

In der Klimakrise sind die steigenden Temperaturen speziell im städtischen Gebiet stark spürbar. Umso wichtiger ist es, dass wir auf einen gesunden Baumbestand im Bezirk achten. Wo es möglich

ist, sollen neue Bäume hinzukommen, denn sie bringen uns die dringend benötigte Kühlung und Verbesserung der Luftqualität. Jungbäume müssen, dem sich wandelnden Klima entsprechend, gepflegt werden; ausgewachsene Bäume sollen ebenfalls gut geschützt werden. Nachpflanzungen sind mit hohen Kosten verbunden und bis die positive Wirkung eines gesunden, ausgewachsenen Baumes auf unser Stadtklima von einem Jungbaum ersetzt werden können, vergehen viele Jahre. Es soll darauf geachtet werden, dass der Baumbestand stetig zunimmt, auch wenn es durch Hitze, Trockenheit und andere externe Einflüsse wie zB. Unwetter leider immer wieder zu Ausfällen kommt.

Zu der in der Sitzung der Bezirksvertretung vom 15. April 2026 eingebrachten Anfrage der GRÜNEN betreffend Baumbestand in Floridsdorf wurde mir folgende Information übermittelt:

Zu Frage 1:

Wie ich seitens der zuständigen Fachabteilung informiert wurde, stocken in Floridsdorf im öffentlichen Raum 19.613 Bäume, welche von den Wiener Stadtgärten betreut werden, 10.293 davon sind Straßenbäume.

Zu Frage 2:

Im Jahr 2024 mussten von den Wiener Stadtgärten in Floridsdorf 260 und im Jahr 2025, 370 Bäume entfernt werden.

Zu Frage 3:

Das Ergebnis des Jungbaummonitorings der Wiener Stadtgärten der Jahre 2024 und 2025 zeigt einen Ausfall von lediglich 1,5 %, wobei festgehalten werden muss, dass es viele Gründe für den Ausfall eines Jungbaumes, wie z.B. Stürme, Verkehrsschäden, Krankheiten wie Pilze und Bakterien sowie Schädlinge, latente Beschädigungen während der Lieferung, etc. gibt.

Zu Frage 4:

Im Hinblick darauf, dass keine näheren Angaben bzgl. des Zeitraumes der Frage zu entnehmen sind, beschränkt sich die Antwort auf den Zeitraum 2024 und 2025, da in einer der folgenden Fragen auf diese Jahre Bezug genommen wird.

Im Jahr 2024 wurde ein Betrag iHv EUR 332.030,- und im Jahr iHv EUR 567.630,- an Ausgleichsabgabe vorgeschrieben.

Zu Frage 5:

Mit den Mitteln der Ausgleichsabgabe werden insbesondere die Anpflanzung von Bäumen, die Errichtung von damit in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Schutzmaßnahmen, Wurzelraumverbesserungen, Baumscheiben- oder Bewässerungssystemen oder die Beschaffung oder Gestaltung der hierfür geeigneten Grundflächen finanziert.

Zu Frage 6:

In Floridsdorf wurden im Jahr 2024 im öffentlichen Raum durch die Wiener Stadtgärten 302 Bäume (davon 128 Straßenbäume) gepflanzt, 2025 waren es 168 Bäume (davon 96 Straßenbäume).

Zu Frage 7:

In den Jahren 2024 und 2025 wurden durch die Wiener Stadtgärten in Floridsdorf 346 Ersatzpflanzungen und 124 Neupflanzungen getätigt.

Sämtliche Bäume in der Erhaltung und Pflege der Wiener Stadtgärten werden innerhalb der bescheidmäßigen Frist nachgepflanzt.

DIE GRÜNEN

Bezirksorganisation Floridsdorf

Tel: 0664 / 831 74 01

floridsdorf@gruene.at

<http://floridsdorf.gruene.at>



Taubenkobel in der Nähe des Franz-Jonas-Platzes

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf am 15. April 2026 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage

betreffend die Errichtung eines betreuten Taubenkobels in der Nähe des Franz-Jonas-Platzes

- Gibt es inzwischen schon konkrete Pläne von der MA 49, wo der am 13. Februar 2025 im Umweltausschuss zugesagte Taubenkobel errichtet wird?
- Wenn ja, wo wird dieser errichtet?
- Gibt es schon einen Zeitrahmen für die Errichtung?

Begründung

Der ursprünglich am 21. Februar 2024 eingebrachte Antrag zur Kontrolle und Regulierung der Taubenpopulation am Franz-Jonas-Platz wurde in abgeänderter Form am 2. April 2025 in der Bezirksvertretung einstimmig beschlossen. Da die Errichtung des Taubenkobels ja lt. Beratungen im Umweltausschuss nicht unmittelbar am Franz-Jonas-Platz erfolgen soll, ist diese nicht von der geplanten Neugestaltung des Franz-Jonas-Platzes abhängig und könnte bereits kurzfristig eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität bringen.

Sicherheits- und Alarmsysteme

Der Klub der Wiener Volkspartei Floridsdorf stellt gemäß §23 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15. 4. 2026 folgende

Anfrage

1. Besteht im Bezirk Floridsdorf eine flächendeckende Versorgung mit Alarmsirenen für den Zivil- und Katastrophenschutz?
2. Gibt es im Bereich rund um die Gerasdorfer Straße sowie angrenzend an die Brünner Straße (insbesondere in den dortigen Siedlungsgebieten) installierte Alarmsirenen?
 - a. Wenn ja, ist deren akustische Reichweite ausreichend, um alle betroffenen Siedlungsgebiete, auch bei geschlossenen Fenstern, zuverlässig zu erreichen?
 - b. Wenn nein, sind in diesen Bereichen zusätzliche Sirenenanlagen geplant oder in Umsetzung?

Begründung

Im Zuge des jährlichen Sirenentests ist in den genannten Gebieten die akustische Wahrnehmbarkeit der Signale teilweise nur eingeschränkt oder gar nicht gegeben, insbesondere in Innenräumen bei geschlossenen Fenstern. Gleichzeitig ist durch die Errichtung neuer Wohnanlagen in diesen Bereichen von einer gestiegenen Bevölkerungsdichte auszugehen. Vor diesem Hintergrund ist eine ausreichende und flächendeckende Warninfrastruktur von zentraler Bedeutung für die Sicherheit der Bevölkerung im Katastrophenfall.

Wohnbauentwicklung und Bevölkerungsprognosen in Floridsdorf

Der Klub der Wiener Volkspartei Floridsdorf stellt gemäß §23 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15. 4. 2026 folgende

Anfrage

1. Welche Wohnbauprojekte (Neubauten sowie größere Umbauten oder Nachverdichtungen) sind derzeit für das Jahr 2026 im Bezirk Floridsdorf geplant oder bereits in Umsetzung?
2. Wie viele neue Wohnungen werden durch diese Projekte voraussichtlich im Jahr 2026 im Bezirk Floridsdorf geschaffen?
3. Welche weiteren Wohnbauprojekte sind nach aktuellem Stand für die kommenden fünf Jahre im Bezirk Floridsdorf geplant und wie viele neue Wohnungen werden dadurch geschaffen?
4. Welche Bevölkerungsentwicklung wird für den Bezirk Floridsdorf in den kommenden fünf Jahren erwartet?
5. Welche Auswirkungen auf die bestehende Infrastruktur (z. B. Verkehr, Schulen, Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung) werden im Zusammenhang mit der erwarteten Bevölkerungsentwicklung gesehen?

Begründung:

Floridsdorf zählt zu den stark wachsenden Bezirken Wiens und verzeichnet seit Jahren eine deutliche Bevölkerungszunahme. Gleichzeitig entstehen laufend neue Wohnbauprojekte, die zusätzlichen Wohnraum schaffen und den Bezirk weiter verändern. Um eine vorausschauende Planung der Infrastruktur und Lebensqualität im Bezirk sicherzustellen, ist es wesentlich zu wissen, welche Bauprojekte konkret geplant sind und mit welcher Bevölkerungsentwicklung in den kommenden Jahren gerechnet wird. Eine transparente Darstellung dieser Entwicklungen liegt daher im öffentlichen Interesse.

Zu der in der Sitzung der Bezirksvertretung vom 15. April 2026 eingebrachten Anfrage der ÖVP betreffend Wohnbauentwicklung und Bevölkerungsprognosen in Floridsdorf wurden mir folgende Informationen übermittelt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Da diese Fragen nicht in die Zuständigkeit meiner Geschäftsgruppe fallen, liegen mir auch keine Daten dazu vor.

Zu Frage 3:

Derzeit sind keine Verfahren zur Festsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes mit einer relevanten Anzahl an neuen Wohnungen im Lauf.

Zu Frage 4:

Gemäß Wien-Plan, Stadtentwicklungsplan 2035, ist Wien seit dem Jahr 2000 um etwa 300.000 Einwohner*innen gewachsen, derzeit leben etwa 2 Mio. Menschen in der Stadt. Bis 2040 werden 2,2 Mio. Einwohner*innen erwartet.

Bezüglich Daten zum 21. Bezirk wird auf die Kleinräumige Bevölkerungsprognose für Wien 2025 und die Aussagen zur Bevölkerungsentwicklung in den Gemeindebezirken bis 2045 der Magistratsabteilung 23 - Wirtschaft, Arbeit und Statistik (<https://www.wien.gv.at/statistik/bevoelkerung-prognose>) verwiesen.

Zu Frage 5:

Bei der städtebaulichen Planung von einer relevanten Zahl an neuen Wohneinheiten sind unter anderem eine wohnortnahe Versorgung mit Einrichtungen der sozialen, gesundheitsbezogenen und kulturellen Infrastruktur zu prüfen. Die notwendigen Erfordernisse werden von den betroffenen Dienststellen gemeldet. Die Stadtplanung berücksichtigt in ihren Plänen allfällige Flächenbedarfe, ist jedoch nicht für die Umsetzung zuständig.

Ad 1.)

Allgemein ist anzumerken, dass seit Anfang 2026 die Haupttätigkeit der MA 37 – Baupolizei für den Bezirk Floridsdorf in der Bearbeitung von Planwechseln für das Stadterweiterungsgebiet 21., An der Schanze und der Bewilligung von zahlreichen Neubauten von Einfamilienhäusern und Doppelhäusern liegt.

Ad 2.)

Bei der MA 37 befinden sich in den Kat. Gem. Großjedlersdorf II, Leopoldau und Stammersdorf seit Einreichdatum Oktober 2025 bis März 2026, 9 Wohnbauprojekte mit insgesamt 314 Wohnungen in Bearbeitung.

Ad 3.)

Seit Anfang des Jahres 2026 haben seitens der Baupolizei, des Wohnfonds Wien und der Bauträger noch keine Vorbesprechungen und Präsentationen neuer Wohnhausanlagen und Baulückenbebauung für Floridsdorf stattgefunden.

Ad 4. + 5.)

Zu den weiteren städtebaulichen Fragen, welche Wohnbauprojekte, Bevölkerungsentwicklung, Auswirkungen auf die bestehende Infrastruktur im Zusammenhang mit der erwarteten Bevölkerungsentwicklung für die nächsten fünf Jahre im Bezirk Floridsdorf zu erwarten sind, kann seitens der Baubehörde keine Stellungnahme abgegeben werden, da hierzu keine Daten vorliegen.

Erhöhung der Sicherheit als Faktor der wirtschaftlichen Standortqualität

Der Klub der Wiener Volkspartei Floridsdorf stellt gemäß § 23 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15. 4. 2026 folgende

Anfrage

1. Wie hat sich die Sicherheitslage in Geschäftsstraßen und Gewerbegebieten in den letzten drei Jahren entwickelt?
2. Welche präventiven Maßnahmen werden aktuell in Zusammenarbeit mit der Polizei gesetzt?
3. Sind zusätzliche Beleuchtungs- oder Überwachungsmaßnahmen in besonders betroffenen Bereichen geplant?
4. Gibt es regelmäßige Sicherheitsdialoge mit Unternehmerinnen und Unternehmern?
5. Wie werden Betriebe über sicherheitsrelevante Entwicklungen informiert?

Begründung

Sicherheit ist ein zentraler Faktor für unternehmerischen Erfolg und Kundenfrequenz. Negative Entwicklungen im Bereich Kriminalität, Vandalismus oder mangelnde Beleuchtung können wirtschaftliche Einbußen nach sich ziehen. Eine aktive Sicherheitsstrategie trägt wesentlich zur Attraktivität des Bezirks als Wirtschaftsstandort bei.

Zu der in der Sitzung der Bezirksvertretung vom 15. April 2026 eingebrachten Anfrage der ÖVP betreffend Erhöhung der Sicherheit als Faktor der wirtschaftlichen Standortqualität wurde mir folgende Information übermittelt:

Frage 1: Wie hat sich die Sicherheitslage in Geschäftsstraßen und Gewerbegebieten in den letzten drei Jahren entwickelt?

Entsprechende Statistiken werden hinsichtlich einzelner Geschäftsstraßen oder Gewerbegebiete von der Landespolizeidirektion Wien nicht geführt.

Frage 2: Welche präventiven Maßnahmen werden aktuell in Zusammenarbeit mit der Polizei gesetzt?

Durch die Landespolizeidirektion Wien erfolgt im Rahmen der Initiative „GEMEINSAM.SICHER“ eine Reihe von Präventivmaßnahmen: Es findet beispielsweise eine regelmäßige Kontaktaufnahme mit den Gewerbetreibenden in Floridsdorf statt. Beim jährlichen „Business- Frühstück“ der Wirtschaftskammer Wien am 22.10.2025 bestand für Gewerbetreibende in Floridsdorf die Möglichkeit des Austausches mit den Exekutivbediensteten des Projekts. Dabei lag der Fokus auf der Tätigkeit und den Serviceleistungen der „Grätzlpolizei“ im Bezirk Floridsdorf. Mit den ÖBB findet ein regelmäßiger Austausch zu Lagebildern statt. Darüber hinaus finden quartalsweise Jour fixe statt, an denen auch verschiedene Magistratsabteilungen sowie die Wiener Linien teilnehmen.

Abgesehen hiervon bestehen verschiedene Sicherheitsplattformen mit den unterschiedlichen Handelsgewerben wie beispielsweise die Präventions- und Kooperationsarbeit mit der Wiener Apothekerkammer. Dazu fand am 16.02.2026 ein Vernetzungstreffen statt, bei dem praxisrelevante Problemfelder thematisiert wurden.

Ersatzpflanzungen und Ausgleichszahlungen

Der Klub der Wiener Volkspartei Floridsdorf stellt gemäß §23 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15. 4. 2026 folgende

Anfrage

1. Wie viele Ersatzpflanzungen werden nach dem Wiener Baumschutzgesetz in Floridsdorf durchgeführt?
2. Wie viele Ersatzpflanzungen werden in Form einer Ausgleichszahlung substituiert?
3. Wie viele der in Floridsdorf geforderten Ersatzpflanzungen bzw. durch Ausgleichszahlungen finanzierte Pflanzungen werden tatsächlich im 21. Bezirk durchgeführt?
4. Gibt es Aufzeichnungen wie die Ersatzpflanzungen / Ausgleichszahlungen sich auf private Haushalte, gewerbliche Bauträger und öffentliche Auftraggeber verteilen? Wenn ja, wie ist die zahlenmäßige Verteilung?

Begründung

Floridsdorf ist ein stark wachsender Bezirk, in dem im Zuge von Bauprojekten regelmäßig Baumfällungen erfolgen. Ersatzpflanzungen bzw. Ausgleichszahlungen gemäß Wiener Baumschutzgesetz sind daher von besonderer Bedeutung für das Bezirksklima, den Umweltschutz und die Lebensqualität.

Von öffentlichem Interesse ist, in welchem Ausmaß Ersatzpflanzungen tatsächlich erfolgen, wie häufig Ausgleichszahlungen geleistet werden und ob die Kompensation auch im 21. Bezirk umgesetzt wird. Ebenso ist Transparenz über die Verteilung auf private Haushalte, gewerbliche Bauträger und öffentliche Auftraggeber für eine sachliche Bewertung wesentlich.

Zu der in der Sitzung der Bezirksvertretung vom 15. April 2026 eingebrachten Anfrage der ÖVP betreffend Ersatzpflanzungen und Ausgleichszahlungen wurde mir folgende Information übermittelt:

Zu Frage 1:

Wie ich seitens der zuständigen Fachabteilung informiert wurde, lässt sich aus den Fragen kein Zeitraum ableiten, weswegen die Jahre 2024 und 2025 im Hinblick auf die im Jahr 2024 ergangene Novelle zum Wr. Baumschutzgesetz für die Beantwortung herangezogen werden.

Da die durchgeführten Ersatzpflanzungen nicht als Metadaten erfasst werden, wäre eine Einschau in jeden einzelnen Akt notwendig. Dies ist aber aus Ressourcengründen im Regelbetrieb nicht möglich, weswegen aus verwaltungsökonomischer Sicht von einer Erhebung Abstand genommen wurde. Die Durchführung der Ersatzpflanzung wird behördlich in Evidenz gehalten und entsprechende Überprüfungen veranlasst.

Zu Frage 2:

Aufgrund des Fehlens genauerer Zeiträume wird wie oa. von den Jahren 2024 und 2025 ausgegangen. Im Jahr 2024 wurde in 49 Fällen und im Jahr 2025 wurde in 121 Fällen eine Ausgleichsabgabe vorgeschrieben.

Zu Frage 3:

Wie bereits zu Frage 1) ausgeführt, werden die durchgeführten Ersatzpflanzungen nicht als Metadaten erfasst. Es kann bekannt gegeben werden, dass im Jahr 2024 1.154 und im Jahr 2025 1.517 Ersatzpflanzungen vorgeschrieben wurden.

Zu Frage 4:

Das Wiener Baumschutzgesetz spricht lediglich von Bewilligungsträger*innen, die für die Ersatzpflanzung verantwortlich sind. Eine Unterscheidung bzw. Kategorisierung laut Fragestellung wird nicht vorgenommen und jeder einzelne Akt müsste bewertet werden. Dies ist aber aus Ressourcengründen im Regelbetrieb nicht möglich, weswegen aus verwaltungsökonomischer Sicht von einer Erhebung Abstand genommen wurde.

Fahrspurenverlauf Richard-Neutra-Gasse Ecke Dietz-von-Weidenberg-Gasse

Der Klub der Wiener Volkspartei Floridsdorf stellt gemäß §23 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15. 4. 2026 folgende

Anfrage

1. Aus welchen Gründen wurde im Zuge der Fahrbahnerneuerung in der Richard-Neutra-Gasse die Fahrspurführung so gestaltet, dass diese in die Dietz-von-Weidenberg-Gasse geführt wird, obwohl es sich hierbei um eine Sackgasse handelt?
2. Ist vorgesehen, diese Verkehrsführung künftig anzupassen oder zu ändern?
 - a. Wenn ja, in welcher Form und in welchem Zeitraum?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
3. Welche konkreten verkehrsplanerischen Überlegungen und Zielsetzungen liegen dieser aktuellen Fahrspurführung zugrunde?

Begründung

Nach der kürzlich erfolgten Fahrbahnerneuerung in der Richard-Neutra-Gasse wurde die Fahrspurführung in Richtung Dietz-von-Weidenberg-Gasse geändert. Da es sich bei dieser Straße um eine Sackgasse handelt, ergibt sich für Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer eine unübersichtliche und potenziell missverständliche Situation.

Eine Klarstellung der zugrunde liegenden Planung sowie der weiteren Vorgehensweise liegt daher im öffentlichen Interesse, insbesondere im Hinblick auf Verkehrssicherheit und nachvollziehbare Verkehrsführung.

Anhang



Spielplatz Haspingerplatz

Der Klub der Wiener Volkspartei Floridsdorf stellt gemäß §23 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15. 4. 2026 folgende

Anfrage

1. Sind Modernisierungsarbeiten beim Spielplatz am Haspingerplatz geplant? Wenn ja welche, wenn nein warum nicht?
2. Wie regelmäßig wird das Wasserspiel auf Funktionalität und oder Hygiene überprüft?

Begründung

Nach Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern kam die Auffassung zustande, dass der Spielplatz in gewissen Bereichen bereits sanierungsbedürftig wirkt und das Wasserspiel oftmals nicht voll funktionsfähig ist.

Digitale Mediathek für Bezirksvertretungssitzungen

Der Klub der Wiener Volkspartei Floridsdorf stellt gemäß §23 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15. 4. 2026 folgende

Anfrage

1. Wann ist mit der Einführung einer digitalen Mediathek zur dauerhaften Bereitstellung der Livestreams der Bezirksvertretungssitzungen in Floridsdorf zu rechnen?
2. In welchen Wiener Bezirken besteht bereits eine solche Möglichkeit der digitalen Archivierung und Nachschau von Bezirksvertretungssitzungen?

Begründung

Die Stadtregierung hat angekündigt, die digitale Zugänglichkeit politischer Prozesse auszubauen. Dazu zählen insbesondere Livestreams sowie die Einrichtung einer zentralen Mediathek zur späteren Einsicht von Sitzungen. Diese Maßnahmen stellen einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung von Transparenz, demokratischer Teilhabe und Bürgernähe dar. Im Zuge dieser Reform ist vorgesehen, Bezirksvertretungssitzungen künftig dauerhaft in einer Mediathek verfügbar zu machen. Laut einem Artikel der Bezirkszeitung vom 18. Oktober 2025 wurde die Umsetzung einer zentralen Mediathek zu diesem Zeitpunkt noch als in Arbeit befindlich beschrieben. Zudem wurde, laut Artikel, seitens der MA53 in Aussicht gestellt, dass Sitzungen voraussichtlich ab Dezember 2025 zur Nachschau bereitgestellt werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach dem aktuellen Umsetzungsstand, insbesondere für den Bezirk Floridsdorf.

Ungleichmäßiger Glasfaserausbau in Floridsdorf und Unterversorgung einzelner Katastralgemeinden

Der Klub der Wiener Volkspartei Floridsdorf stellt gemäß § 23 der Geschäftsordnung für Bezirksvertretungen, eingebracht in der Sitzung der Bezirksvertretung für den 21. Bezirk, am 15. 4. 2026 folgende

Anfrage

1. Welche konkreten Zeitpläne bestehen für den Glasfaserausbau in den bislang unterversorgten Teilen Floridsdorfs?
2. Hat der Bezirk konkrete Maßnahmen gesetzt, um einen raschen und flächendeckenden Ausbau voranzutreiben? Wenn ja, welche?
3. Haben Abstimmungen seitens des Bezirks mit der Firma A1 hinsichtlich eines koordinierten Ausbaus stattgefunden? Wenn ja, welche?
4. Welche Möglichkeiten sieht der Bezirk, um auf den Ausbau durch Telekommunikationsanbieter aktiv Einfluss zu nehmen?
5. Inwieweit werden unterversorgte Gebiete bei zukünftigen Ausbauprojekten priorisiert berücksichtigt?
6. Welche Erkenntnisse liegen dem Bezirksvorsteher über die tatsächliche Leistungsfähigkeit alternativer Technologien (insbesondere 5G) in den betroffenen Gebieten vor?
7. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen durch die unzureichende Internetversorgung sind dem Bezirksvorsteher bekannt?

Begründung

Im Bezirk Floridsdorf bestehen weiterhin erhebliche Unterschiede in der Verfügbarkeit von Glasfaseranschlüssen. Während ein Teil des Bezirks bereits gut erschlossen ist, bleibt die Versorgung in einzelnen Gebieten deutlich unterdurchschnittlich, was sowohl für die Bevölkerung als auch für Unternehmen einen erheblichen Nachteil darstellt.

Trotz laufender Ausbauarbeiten ist in mehreren Bereichen weiterhin kein Zugang zu leistungsfähigem Internet gegeben. Betroffene Haushalte und Betriebe sind daher auf veraltete Technologien wie DSL bzw. VDSL angewiesen, die den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht werden.

Dies führt im Alltag zu erheblichen Einschränkungen – etwa bei digitalen Dienstleistungen wie Online-Banking, Datenübertragungen oder betrieblicher Buchhaltung. Gleichzeitig stellen auch mobile Alternativen wie 5G in vielen Fällen keine ausreichende Lösung dar, da die notwendige Netzabdeckung und Leistungsfähigkeit nicht gegeben ist.

Eine moderne und stabile digitale Infrastruktur ist jedoch eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Lebensqualität im Bezirk.

BezR KO Victoria Mayer

Zu der in der Sitzung der Bezirksvertretung vom 15. April 2026 eingebrachten Anfrage der ÖVP betreffend ungleichmäßiger Glasfaserausbau in Floridsdorf und Unterversorgung einzelner Katastralgemeinden wurde mir folgende Information übermittelt:

Eine gute Versorgung mit Breitbandinfrastruktur ist für den Bezirk essenziell und wir möchten allen Bürger*innen einen modernen und performanten Breitbandzugang ermöglichen und in diesem Sinne ist der Breitbandausbau stets zu forcieren.

Es wird hierbei auf einen kooperativen marktgetriebenen Ausbau der in der Stadt aktiven Telekommunikationsnetzbetreiber*innen und Anbieter*innen gesetzt, um gemeinsam letztendlich nahezu flächendeckende, konvergente Netze für das Gebiet zu erreichen und es steht stets der weitere rasche Breitbandausbau im Fokus. Neben dem Breitbandausbau mittels Glasfasertechnik kommt auch 5G (siehe <https://breitbandatlas.gv.at/>) eine enorme Bedeutung zu.

Breitbandinfrastruktur bedeutet heute einen Mix aus Glasfaser und Mobilnetzen. In diesem Sinne sind wir als Bezirk im stetigen Dialog mit Stakeholder*innen, Marktteilnehmer*innen, um gebündelte Kräfte zu mobilisieren, um rasch zu einem stetigen Ausbau der Breitbandinfrastruktur zu gelangen.

Betreffend Glasfaserausbau in Wien Floridsdorf, sei auch noch auf die Stellungnahme von A1 hingewiesen, in welcher Folgendes mitgeteilt wurde:

Seitens A1 und A1 Open Fiber wurden in Wien Floridsdorf bisher ~90.000 potenzielle Einheiten (Haushalte/Wohnungen) mit Glasfaserprojekten ausgebaut:

~32.000 potenzielle Einheiten mit FTTH (Fiber to the Home)

~24.000 potenzielle Einheiten mit FTTB (Fiber to the Building)

~34.000 potenzielle Einheiten mit FTTC (Fiber to the Curb)

2026 werden voraussichtlich weitere ~2.000 potenzielle Einheiten mit FTTH ausgebaut - der FTTH-Ausbauplan für 2027 ist noch in Evaluierung.

Im Vorfeld der flächigen A1 Glasfaserprojekte wurden Abstimmungen mit dem Bezirk/Bezirksvorsteher durchgeführt und zusätzlich fanden und finden auch regelmäßige Abstimmungen im Zuge der Bezirkskoordinationen statt.

Gebiete unter 100Mbit/s Festnetz Downloadrate wurden bei der aktuellen BBA2030 Förderung seitens A1 Open Fiber adressiert und alle zugeschlagenen Projekte in Wien Floridsdorf werden gemäß mit FFG (Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft) abgestimmtem Zeitplan realisiert.

Mit den Mobilfunktechnologien 4G/5G sollten in Wien Floridsdorf grundsätzlich auch vollflächig Mobilfunk Downloadraten über 100Mbit/s möglich sein.

Details zum aktuell verfügbaren Festnetz und Mobilfunknetz, sowie Informationen zum geförderten Ausbau sind im Breitbandatlas ersichtlich (<https://www.breitbandatlas.gv.at/>).

Unter folgendem Link können Adressen auf ihre A1 Verfügbarkeit überprüft werden (<https://www.a1.net/verfuegbarkeit>).

Der unterzeichnende Bezirksrat der KPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 23 Geschäftsordnung folgende

ANFRAGE
betreffend dem Zustand der Fahrbahn der Straße Nordbahnanlage

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher, geschätzter Georg!

1. Welche Pläne bestehen für eine Sanierung der Fahrbahn auf der Nordbahnanlage?
2. Bestehen Pläne für eine Attraktivierung des Abschnittes im Sinne des Umweltverbundes?

BEGRÜNDUNG

Öffentliches Interesse.

Bezirksrat Ewald Magnes e.h.

ANHÄNGE

keine



Der unterzeichnende Bezirksrat der KPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 23 Geschäftsordnung folgende

ANFRAGE

betreffend des baulich getrennten Radweges Karl-Schäfer-Straße bis Katsushikastraße

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher, geschätzter Georg!

1. Im Zuge der geplanten Eröffnung der Klinik Floridsdorf wurde im Jahr 2016 in diesem Bereich neue Fahrrad-Infrastruktur geschaffen: Wie hoch waren die Baukosten für den Abschnitt Katsushikastraße bis Karl-Schäfer-Straße, wo damals ein Ein-Richtungs-Radweg errichtet wurde?
2. Warum wurde bei der Errichtung eines baulich getrennten Radweges nicht von Anfang an berücksichtigt, dass ein Zwei-Richtungs-Radweg dort mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden bringt?
3. Welche zusätzlichen Kosten fallen durch die nachträgliche Verbreiterung bzw. Adaptierung des Radweges von einer auf zwei Richtungen in diesem Bereich an?
4. Wird es in diesem Bereich stadtauswärts nun 1 oder 2 Spuren parallel zum Radweg für den motorisierten Individualverkehr (MIV) geben?

BEGRÜNDUNG

Durch verfehlte Politik wurde unter der damaligen SPÖ-Grüne-Landesregierung noch Mitte der 2010er Jahre eine neue Gefahrensituation für alle im Floridsdorfer Verkehr geschaffen: Die gänzliche, bauliche Trennung von MIV und Umweltverbund im Abschnitt Karl-Schäfer-Straße bis Katsushikastraße in Richtung stadteinwärts ist unterblieben. Nun soll mit zusätzlichen öffentlichen Geldern der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mühsam korrigiert werden, was bereits damals allen politisch Beteiligten und den Fachdienststellen hätte auffallen sollen.

Auch fehlende Bodenmarkierungen auf der Fahrbahn für den motorisierten Individualverkehr sorgen immer wieder für Unklarheit, ob nun eine oder zwei Spuren zu befahren wären. Diese Polit-Posse war bereits mehrfach Thema in unseren lokalen Medien, aber eine Entschärfung der Gefahrenstelle unterblieb.

Bezirksrat Ewald Magnes e.h.

ANHÄNGE

keine



Der unterzeichnende Bezirksrat der KPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 23 Geschäftsordnung folgende

ANFRAGE

betreffend der Sicherheit am Gehweg in der Schwaigergasse – Höhe Nr. 28

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher, geschätzter Georg!

1. Was wird unternommen, um die Sicherheit der Fußgänger in der Schwaigergasse zu gewährleisten?
2. Wird die Steiner Immobiliengruppe, die dort laut Eigenwerbung „luxuriöse Eigentumswohnungen“ errichten will, durch öffentliche Stellen zu Sofortmaßnahmen verpflichtet werden?

BEGRÜNDUNG

Zahlreiche Beschwerden und Sicherheitsbedenken von Anrainer:innen. Das Grundstück wird von einer Mauer umgeben, deren Statik bereits stark gefährdet zu sein scheint.

Siehe an die KPÖ übermitteltes Privatfoto vom 23.03.2026:



Bezirksrat Ewald Magnes e.h.

ANHÄNGE

keine



Der unterzeichnende Bezirksrat der KPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 23 Geschäftsordnung folgende

ANFRAGE

betreffend weitere Entwicklung des Bauprojektes Ödenburger Straße

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher, geschätzter Georg!

1. Welche Pläne für die weitere Entwicklung des Bauprojektes Ödenburger Straße befinden sich aktuell in Umsetzung?
2. Gibt es Pläne einer Leerstandsabgabe für Geschäftsflächen von Bauträgern, die seit Jahren unvermietet sind? Falls Nein, bestehen Gespräche mit Bauträgern über das Management von Leerstand?
3. Wird im Rahmen des Bauprojektes Ödenburger Straße ein größerer Nahversorger errichtet werden?

BEGRÜNDUNG

Öffentliches Interesse

Bezirksrat Ewald Magnes e.h.

ANHÄNGE

keine

Der unterzeichnende Bezirksrat der KPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 23 Geschäftsordnung folgende

ANFRAGE

betreffend der weiteren Entwicklung im Bereich des Donaufeldes

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher, geschätzter Georg!

1. Im Donaufeld Ost werden aktuell frei finanzierte Wohnungen errichtet: Zum Beispiel kosten laut dem Bauträger Wien Süd aktuell 75 Quadratmeter Wohnfläche bereits 465.600 Euro. Bestehen Pläne für leistbares Wohnen durch tatsächlich geförderten Wohnbau und falls ja, welche?
2. Welche wirtschaftlichen Aktivitäten sind zwischen Donaufelderstraße und Nordmannngasse geplant?
3. Gibt es Pläne von Bauträgern zur Umsetzung von Bauvorhaben in genanntem Abschnitt?
4. Ist eine Umwidmung von Flächen im Bereich des Donaufeldes geplant, welche aktuell der Kategorie SWW – Wald- und Wiesengürtel - zuzuordnen sind?
5. Welche sonstigen Umwidmungen im Flächenwidmungsplan sind für das aktuell unverbaute Donaufeld geplant und besteht die Absicht, dort Teile des Schutzgebietes Wald- und Wiesengürtel in Bauland umzuwidmen?

BEGRÜNDUNG

Laut der Bürger:innen-Initiative „Freies Donaufeld“ haben zwei Personen - indirekt über eine GesmbH - im August 2025 ein Grundstück im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel zwischen Donaufelderstraße und Nordmannngasse im Ausmaß von 5.760 m² um genau 1 Million € gekauft, das heißt um 174 € pro m². Eine der aus Österreich stammenden Personen ist in den Vereinigten Arabischen Emiraten gemeldet. Beide Personen sind nach Angaben genannter Initiative auch bedeutende Teilhaber eines privaten Bauträgers im Donaufeld Ost.

Bezirksrat Ewald Magnes e.h.

ANHÄNGE

keine

Zu der in der Sitzung der Bezirksvertretung vom 15. April 2026 eingebrachten Anfrage der KPÖ betreffend der weiteren Entwicklung im Bereich des Donaufeldes wurde mir folgende Information übermittelt:

Zu Punkt 1:

Für den genannten Bereich im Ostteil des Donaufeldes wurde im Jahr 2019 vom wohnfonds_wien ein Bauträgerwettbewerb für das Quartier „An der Schanze“ durchgeführt. Der Schwerpunkt lag auf leistbarem Wohnraum, nachhaltiger Quartiersentwicklung sowie belebten Erdgeschoß-Zonen, bauplatzübergreifenden Gemeinschaftsflächen und gut vernetzten Grün- und Freiflächen.

In dem Gebiet entsteht nun ein vielfältiges Wohnungsangebot. Es werden sowohl geförderte Mietwohnungen als auch freifinanzierte Wohnbauprojekte realisiert, wobei der Anteil der geförderten Wohnungen bei über 80 Prozent liegt. Zusätzlich entstehen ein Studentenwohnheim sowie ein Wohnbauprojekt einer Baugruppe. Im Zuge der weiteren Entwicklung des Donaufelds sind mindestens zwei Drittel der Wohnungen gefördert zu errichten

Zu Punkt 2:

Im Leitbild Wirtschaft und Arbeit des „Wien-Plans – Stadtentwicklungsplan 2035“ ist der Bereich des Stadtentwicklungsgebiets Donaufeld weder als industriell-gewerbliches Gebiet oder gewerbliches Mischgebiet noch als Standort für Büro- und Cityfunktionen ausgewiesen. Das Leitbild Urbane Zentren weist das Donaufeld als neues Quartierszentrum aus. Dementsprechend soll ergänzend zu den Nutzungen im „Quartier An der Schanze“ ein hoher Anteil an Nicht-Wohnnutzungen (Einzelhandel, Dienstleistungen, Gastronomie, Gesundheitseinrichtungen, soziale Einrichtungen, Freizeitangebote etc.) und weiteren Zentrenfunktionen umgesetzt werden.

Zu Punkt 3:

Das Donaufeld ist das größte zusammenhängende Stadterweiterungsgebiet in Floridsdorf. Aufgrund der zentralen Lage und guten Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz sind an diesem Standort ideale Voraussetzungen für die Entwicklung eines modernen, klimafitten und lebenswerten Stadtteils gegeben.

Vor diesem Hintergrund soll zunächst ein städtebauliches Leitbild erarbeitet werden, welches für die weiteren Planungen maßgeblich sein wird. Begleitend zu einem solchen Planungsprozess wird eine Beteiligung gemäß „Masterplan für eine partizipative Stadtentwicklung“ stattfinden.

Zu Punkt 4:

Eine Umwidmung der im Plandokument 8130 bereits als Schutzgebiete Wald- und Wiesengürtel (Sww) ausgewiesenen Flächen zu Bauland ist nicht vorgesehen. Der Bereich ist im Leitbild Grünräume des „Wien-Plans – Stadtentwicklungsplan 2035“ als „Wiener Immergrün“ ausgewiesen und soll somit dauerhaft als hochwertiger Grünraum geschützt und unter Wahrung der Erholungswirkung der Landschaft und der Identität des jeweiligen Landschaftsraums erhalten und weiterentwickelt werden.

Zu Punkt 5:

Die flurartigen Grundstücke befinden sich überwiegend im Eigentum des wohnfonds_wien und diverser Bauträger. Wie bereits in Punkt 3. sowie Punkt 4. erläutert wurde, ist für die weitere Planung und für die Neufestsetzung der Flächenwidmungspläne und Bebauungspläne das Vorliegen eines städtebaulichen Leitbildes maßgeblich und ist eine Umwidmung von Teilen der als Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel (Sww) ausgewiesenen Flächen zu Bauland nicht vorgesehen.

Der unterzeichnende Bezirksrat der KPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 23 Geschäftsordnung folgende

ANFRAGE

betreffend der weiteren Entwicklung der Baumstadt Floridsdorf in der Werndlasse

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher, geschätzter Georg!

1. Inwieweit ist eine von der Projektgesellschaft an Investoren kommunizierte Rendite von 5,6 Prozent p.a. mit dem Ziel der Errichtung von leistbarem Wohnraum in unserem Bezirk politisch vereinbar?
2. Andreas Baur, Sprecher der MA 21B, erklärte bereits vor zwei Jahren medienöffentlich, dass ein Teil des Bauvorhabens im Wege einer geförderten Sanierung realisiert werde. Welche Kosten entstehen der öffentlichen Hand bei dieser Art von Förderung und welche Bauabschnitte werden dadurch gefördert?
3. Der Leiter der Abteilung Kommunalpolitik und Wohnen der AK Wien, Thomas Ritt, spricht in Bezug auf viele Bauvorhaben medienöffentlich von „Betonsparbüchern“: Welche politischen Pläne bestehen, um erhöhten Leerstand innerhalb der neu errichteten Wohngebäude zu verhindern?

BEGRÜNDUNG

Im Bereich der so genannten „Baumstadt Floridsdorf“ (Werndlasse) kommt es zu einer massiven Nachverdichtung: Laut der Tageszeitung „Der Standard“ weist die aktuelle Bebauung eine Nutzfläche von rund 20.000 Quadratmetern auf. Die neue Baumstadt wird aber rund 39.000 Quadratmeter an Bruttogeschoßfläche aufweisen. Also über ein Drittel mehr, als derzeit möglich wäre (28.000 Quadratmeter).

Auch die Widmungskategorie „Geförderter Wohnbau“ wird nicht umgesetzt, obwohl sie ursprünglich bereits mit dem Projektentwickler vereinbart war.¹

Bezirksrat Ewald Magnes e.h.

ANHÄNGE

keine

¹ <https://www.derstandard.at/story/3000000208345/kein-gefoerderter-wohnbau-in-der-baumstadt-floridsdorf>

Der unterzeichnende Bezirksrat der KPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 23 Geschäftsordnung folgende

ANFRAGE

betreffend dem 100-jährigen Bestehen des Schlingerhofes

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher, geschätzter Georg!

1. Welche Pläne bestehen für eine Würdigung des 100-jährigen Bestehens des Schlingerhofes sowie des an diese Stelle umgezogenen Floridsdorfer Marktes durch Bezirk und Stadt Wien?
2. Ist eine Sanierung der Wohnhausanlage geplant und falls ja, welche Rücklagen bestehen dafür?

BEGRÜNDUNG

Die letzten, umfassenden Sanierungsarbeiten im Schlingerhof wurden im Zeitraum 1992–1995 durchgeführt. Aktuell prägen nicht entfernte Graffiti und unverputzte Teile das Bild des unter Denkmalschutz stehenden Anton-Schlinger-Hofes.

Anlässlich von 90 Jahre Schlingerhof haben die Wohnpartner eine Broschüre veröffentlicht. Teile der Geschichte rund um den Schlingerhof sind der Öffentlichkeit jedoch nach wie vor wenig bis gar nicht bekannt.

Bezirksrat Ewald Magnes e.h.

ANHÄNGE

keine

Zu der in der Sitzung der Bezirksvertretung vom 15. April 2026 eingebrachten Anfrage der KPÖ betreffend dem 100-jährigen Bestehen des Schlingerhofes wurde mir folgende Information übermittelt:

Für zusätzliche Maßnahmen stehen Wiener Wohnen lediglich begrenzte Mittel zur Verfügung. Diese werden unter anderem für mehrere jährliche Hofbenennungen, Erinnerungstafeln mit Bezug zum Gemeindebau sowie ergänzende Informationstafeln eingesetzt und müssen insbesondere unter den derzeitigen budgetären Rahmenbedingungen entsprechend eingehalten werden.

Deshalb bestehen seitens Wiener Wohnen keine konkreten Planungen zur Würdigung des 100-jährigen Bestehens des Schlingerhofes.

Auch im Hinblick auf den baulichen Zustand ist festhalten, dass aktuell keine weiteren Sanierungsmaßnahmen vorgehsehen sind.

Die Entfernung der Graffitis in den Durchgängen der Wohnhausanlage wurde bereits beauftragt und wird in den kommenden Tagen durchgeführt.

Der unterzeichnende Bezirksrat der KPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 23 Geschäftsordnung folgende

ANFRAGE

betreffend den Veränderungen am Floridsdorfer Markt

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher, geschätzter Georg!

1. Bestehen Pläne, um Veranstaltungen in der freien Mitte am Floridsdorfer Markt in Zukunft in stärker wettersicherer Form abhalten zu können?
2. Welche Veränderungen beim Branchenmix sind am Markt durch die Umbauten geplant?
3. Wurden die neu errichteten Stände bevorzugt jenen Gewerbetreibenden angeboten, deren Marktstände durch die Umbau-Maßnahmen verloren gehen und für deren Geschäftszwecke adaptiert?
4. Wie kann die Kundenfrequenz am Schlingermarkt zu nachfrageschwachen Zeiten gesteigert werden?

BEGRÜNDUNG

ad 1: Es wurde am Markt ein aufwendiger Sonnenschutz errichtet, der bei den vielen beliebten Events keine Sicherheit vor Regen und Hagel bietet.

ad 2: Es gibt Beschwerden aus der lokalen Bevölkerung und Befürchtungen der Händler über Umsatz-Einbußen.

ad 3: Es wurden Stände neu errichtet. Gleichzeitig fallen durch Umbau-Maßnahmen Marktstände weg.

ad 4: Der Floridsdorfer Markt liegt völlig fernab touristischer und universitärer Einrichtungen. Dies erschwert den Gewerbe- und Handelstreibenden das Erzielen von Umsatz zu den Pflichtöffnungszeiten.

Bezirksrat Ewald Magnes e.h.

ANHÄNGE

keine



Der unterzeichnende Bezirksrat der KPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 23 Geschäftsordnung folgende

ANFRAGE

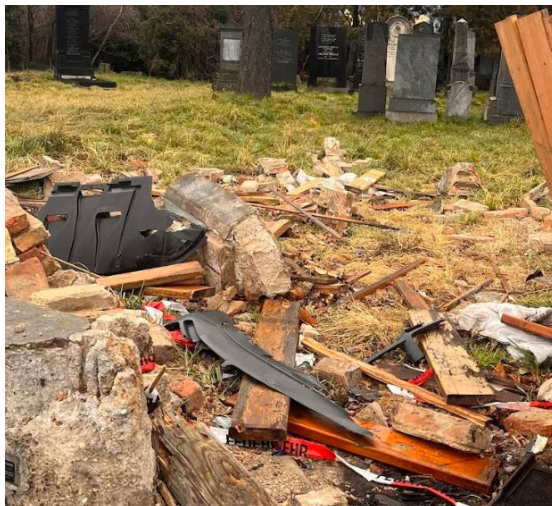
betreffend dem Zustand des Jüdischen Friedhofes Floridsdorf

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher, geschätzter Georg!

1. Welche Bemühungen bestehen seitens der Stadt Wien und der Floridsdorfer Bezirksvorstehung den Zustand des jüdischen Friedhofes im Bezirk zu verbessern und das Totengedenken sowie die Geschichte zu wahren?
2. Finden Gespräche über die Situation in Floridsdorf mit der IKG statt?

BEGRÜNDUNG

Öffentliches Interesse



Bezirksrat Ewald Magnes e.h.

ANHÄNGE

keine

Der unterzeichnende Bezirksrat der KPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 23 Geschäftsordnung folgende

ANFRAGE

betreffend der Smart Klima City Strategie und ihren Auswirkungen auf Floridsdorf

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher, geschätzter Georg!

1. In welchen Bereichen unseres Bezirks bestehen derzeit besondere Defizite in der Nahversorgung, auch gemäß dem medial kommunizierten Plan einer 15-Minuten-Stadt nach der beschlossenen Smart Klima City Strategie?
2. Welche konkreten Maßnahmen sind in unserem Bezirk aktuell und für die Zukunft geplant, um das Ziel einer 15-Minuten-Stadt zu erreichen?

BEGRÜNDUNG

Die Smart Klima City Strategie Wien der Wiener Landesregierung propagiert das Ziel einer 15-Minuten-Stadt.

Die 15-Minuten-Stadt ist ein urbanes Konzept, bei dem alle essenziellen Einrichtungen des täglichen Bedarfs – wie Arbeit, Einkaufsmöglichkeiten, Bildung, Gesundheit und Freizeit – innerhalb von 15 Minuten zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar sind. Ziel ist es, durch kurze Wege die Lebensqualität zu steigern, den Autoverkehr zu reduzieren und CO2-Emissionen zu senken.

Die Bevölkerung stellt sich die Frage, was dies für ihre jeweilige Wohnumgebung in Floridsdorf bedeutet.

Bezirksrat Ewald Magnes e.h.

ANHÄNGE

keine



Der unterzeichnende Bezirksrat der KPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 15.04.2026 gemäß § 23 Geschäftsordnung folgende

ANFRAGE

betreffend der Petition „Buschenschanks - Dreh & Drink“ | MA62-760605-2025

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher, geschätzter Georg!

Der Petitionswerber wurde am 16. Februar 2026 vom zuständigen Stadtrat über den Stand der Dinge informiert.

➔ Welche Neuerungen haben sich in der Zwischenzeit im Fall des Anliegens der Petition ergeben?

BEGRÜNDUNG

Öffentliches Interesse.

Dokumente und Stellungnahmen:

<https://petitionen.wien.gv.at/petition/online/PetitionDetail.aspx?PetID=3a35a0e122f04d8e9b9caaa8144400c9>

Bezirksrat Ewald Magnes e.h.

ANHÄNGE

keine

ANFRAGE

gemäß § 104c Abs. 1 der Wiener Stadtverfassung (WStV) iVm der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen

Betreff:

Sicherheitslage und Lebensqualität im Bereich Autokaderstraße im Umfeld der Notschlafstelle der Johanniter

Einbringender Bezirksrat:

Bezirksrat Heinz-Christian Strache
Team HC Strache – Allianz für Österreich
Bezirksvertretung Floridsdorf

An den Herrn Bezirksvorsteher

Sachverhalt:

Seit Herbst des vergangenen Jahres wird im Bereich Autokaderstraße eine Notschlafstelle der Johanniter betrieben, welche laut ursprünglicher Kommunikation als temporäre Einrichtung – insbesondere auch für Familien – vorgesehen war.

Nach übereinstimmenden und wiederholten Berichten von Anrainerinnen und Anrainern hat sich die Situation im unmittelbaren Wohnumfeld seither jedoch deutlich verschärft. Es wird von massiven Beeinträchtigungen der öffentlichen Ordnung, der Nachtruhe sowie der subjektiven und objektiven Sicherheitslage berichtet.

Insbesondere werden folgende Missstände geschildert:

- wiederholte nächtliche Ruhestörungen durch Gruppenansammlungen und lautstarkes Verhalten
- Alkohol- und mutmaßlicher Drogenkonsum im öffentlichen Raum
- Vermüllung und Verunreinigung des Wohnumfelds
- aggressives bzw. distanzloses Verhalten gegenüber Anrainerinnen und Anrainern

- sicherheitsrelevante Vorfälle, darunter das unbefugte Betreten von Privatgrundstücken
- wahrgenommene unzureichende Interventionszeiten der Exekutive

Diese Entwicklungen führen zu einem erheblichen Verlust an Lebensqualität und zu einem zunehmenden Unsicherheitsgefühl – insbesondere bei Familien, Frauen und Kindern.

Anfrage:

Der unterfertigte Bezirksrat stellt daher an den Herrn Bezirksvorsteher folgende

Fragen:

1. Wie lange ist der Betrieb der gegenständlichen Notschlafstelle tatsächlich vorgesehen? Bestehen vertragliche Vereinbarungen (insbesondere Mietverträge), und wenn ja, mit welcher Laufzeit?
2. Welche konkreten Maßnahmen wurden seitens des Bezirks bislang gesetzt, um die Sicherheit im betroffenen Wohngebiet zu gewährleisten?
 - Wurden zusätzliche Polizeistreifen veranlasst?
 - Gibt es verstärkte Kontrollen im Bereich Autokaderstraße, Brücke und Marchfeldkanal?
3. Welche Abstimmungen erfolgten mit dem Betreiber der Einrichtung (Johanniter)?
 - Gibt es Auflagen oder Vereinbarungen hinsichtlich Ordnung und Verhalten im Außenbereich?
 - Welche Maßnahmen zur Deeskalation werden konkret umgesetzt?
4. Sind zusätzliche sozialarbeiterische, ordnungspolitische oder sicherheitsrelevante Maßnahmen geplant, um die Situation nachhaltig zu verbessern?
5. Welche konkreten Schritte werden gesetzt, um die Lebensqualität der Anrainerinnen und Anrainer wiederherzustellen, insbesondere im Hinblick auf Nachtruhe, Sicherheit und Schutz von Eigentum?
6. Wurde seitens des Bezirks eine Evaluierung der Auswirkungen dieser Einrichtung auf das Wohnumfeld durchgeführt?
Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
7. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Einhaltung der öffentlichen

Ordnung im Umfeld der Einrichtung künftig sicherzustellen?

Begründung:

Die geschilderten Zustände sind für die betroffene Wohnbevölkerung nicht länger tragbar. Es ist eine zentrale Aufgabe der Bezirksverwaltung, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für Sicherheit, Ordnung und Lebensqualität im öffentlichen Raum Sorge zu tragen.

Die derzeitige Entwicklung lässt eine weitere Verschärfung der Situation befürchten, sofern nicht zeitnah wirksame Maßnahmen ergriffen werden.

Floridsdorf, am 24.3.2026

Bezirksrat
Heinz-Christian Strache
Team HC Strache – Allianz für Österreich